



Evakuierung von Europäern auf dem Flughafen von Kigali (1994)

Ruanda

Teure Rettung

Ein Jahr nach Ausbruch des Bürgerkriegs in Ruanda flattern 140 deutschen Zivilisten, die damals ausgeflogen wurden, Rechnungen ins Haus. Das Auswärtige Amt verlangt von ihnen „Kostenerstattung“ für den „Sonderflug der Bundesregierung“, mit dem die Deutschen vom benachbarten Burundi aus nach Bonn gebracht wurden. Jeder der Passagiere soll 1508,18 Mark bezahlen. Die

erste Etappe mit belgischen oder französischen Militärflugzeugen vom umkämpften Kigali nach Burundi mußten die Evakuierten nicht bezahlen, wohl aber den Weiterflug. Die Beamten des Auswärtigen Amtes berufen sich dabei aufs Prinzip: Nach den „Sonderflugbedingungen aus Krisengebieten“ wird bei jeder Rettungsmaßnahme von den Betroffenen verlangt, daß sie die Kosten her nach erstatten. Im übrigen, so das Auswärtige Amt, sei niemand gezwungen gewesen, mit Regierungsmaschinen in die Heimat zu fliegen.

Länderpolitik

„Aberwitzige Kleinstaaterei“

Interview mit Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau (SPD), 53, über seine Pläne für einen Nordstaat

SPIEGEL: Herr Bürgermeister, nach dem Vorbild der geplanten Fusion von Berlin und Brandenburg fordern Sie nun auch eine Fusion der Nordländer. Wem sollte ein solcher Nordstaat nützen?

Voscherau: Hamburg ist umgeben von einem Speckgürtel, ohne den Hamburg nicht leben kann und der seinerseits von der Stadt abhängig ist. So ähnlich ist es auch in anderen Ballungsgebieten in der Republik – es gibt zwar 16 Bundesländer, aber höchstens 8 im europäischen Maßstab wettbewerbsfähige Regionen in Deutschland. Da herrscht eine aberwitzige Kleinstaaterei anstatt sinnvoller Zusammenarbeit. Den Konstruktionsfehler müssen wir irgendwann beheben.

SPIEGEL: Aber selbst unter den SPD-Regierungschefs der Nordländer fin-



Simonis, Voscherau

Die Bordkarte für die Rückkehrer aus Kriegs- und Katastrophenregionen enthält den unmißverständlichen Passus: „Die Teilnahme an der Evakuierungsmaßnahme der Bundesregierung ist freiwillig.“

Neonazis

Werbung für Heitmann

Deutsche Neonazis rufen in ihrem Computerverbund Thule-Netz dazu auf, an einem Kongreß mit dem sächsischen Justizminister Steffen Heitmann (CDU) auf dem Hambacher Schloß am 6./7. Mai teilzunehmen. Heitmann, Helmut Kohls ursprünglicher Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, hält dort bei einer gemeinsamen Veranstaltung des konservativen Studienzentrums Weikersheim e.V. und der Hans-Filbinger-Stiftung ein Referat mit dem Thema „Geistesfreiheit oder political correctness“. Die Rechtsradikalen werben in ihrer Mailbox für den Weikersheim-Kongreß, weil er „Konservativen die Möglichkeit“ biete, „prominente Persönlichkeiten kennenzulernen“.

Umweltministerium

Billige Beamten-Fete

Die Staatsanwaltschaft Bonn ermittelt gegen Bedienstete des Bundesumweltministeriums wegen des Verdachts auf Untreue. Unter den Beschuldigten ist auch der im Januar nach Streit mit Ministerin Angela Merkel in den einstweiligen Ruhestand versetzte Staatssekretär Clemens Stroetmann. Es geht um die in dem Ministerium seit Jahren übliche Praxis, die Kosten der Weihnachtsfeier für rund 300 Ministerialbürokraten zu großen Teilen auf den Steuerzahler abzuwälzen. Der Trick: Für den Tag der Beamten-Fete wurde stets eine Besuchergruppe eingeladen und bewirtet. Danach stieg dann die Weihnachtsparty für Staatsdiener – ein großer Teil der Kosten für Speis und Trank, Geschirr und Service wurde mittels manipulierter Rechnungen über die Besuchergruppe bei der Bundeskasse abgerechnet. Die Staatsanwaltschaft, so ihr Sprecher Peter Iwand, müsse jetzt feststellen, ob dem Bund Schaden entstanden sei.

den Sie keine Freunde für Ihr Vorhaben. Ihre Kieler Kollegin Heide Simonis spricht sogar von „unüberwindbaren Gegensätzen“.

Voscherau: So haben die Landesherren nach dem Westfälischen Frieden im Jahre 1648 auch geredet. Damals gab es über hundert Duodezstaaten – das Argument ist seither nicht richtiger geworden.

SPIEGEL: Die günstigste Gelegenheit für eine Neugliederung der Bundesländer ist verpaßt worden – die Wiedervereinigung und die Reform des Grundgesetzes.

Voscherau: Der Artikel 29 der Verfassung bietet ja einzelnen Regionen oder ganzen Bundesländern die Chance, sich

per Volksentscheid einem anderen Bundesland anzuschließen. Aber wenn sich die betroffenen Länderregierungen nicht einigen können, bleibt so etwas natürlich Illusion . . .

SPIEGEL: . . . zumal ja Politiker und Beamte Macht und Posten opfern müßten.

Voscherau: Auf lange Sicht kommen wir nicht an einer Neugliederung der Länder vorbei. An mir wird ein Zusammenschluß jedenfalls nicht scheitern. Wenn eine Einigung möglich ist, muß man politische Ziele und Privatinteressen trennen können.